

Antrag 401/II/2025

GLV SPD Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Nachhaltig investieren. Unsere Haushaltspolitik für eine starke Stadt

1 Unsere Stadt steht inmitten tiefgreifender sozialer, öko-
 2 logischer und wirtschaftlicher Veränderungen. In Zeiten
 3 großer Transformationsaufgaben – vom Klimaschutz bis
 4 zur Digitalisierung – braucht es einen handlungsfähigen
 5 Staat, der mit dem Ziel der Herstellung sozialer Gerechtig-
 6 keit der Zukunft gestaltet. Dafür ist eine nachhaltige, sozi-
 7 al ausgewogene und zukunftsorientierte Haushalts- und
 8 Finanzpolitik die Voraussetzung.

9
 10 Die SPD setzt sich ein für eine **Finanzpolitik, die den Men-**
 11 **schen in unserer Stadt dient**, soziale Sicherheit gewähr-
 12 leistet, der in **Bildung, Wissenschaft**, Daseinsvorsorge in
 13 staatlicher Hand belässt und zugleich notwendige Zu-
 14 kunftsinvestitionen ermöglicht. Wir bekennen uns zu ei-
 15 nem aktiven Staat, der in Bildung, Daseinsvorsorge, Infra-
 16 struktur, Klimaschutz und gesellschaftlichen Zusammen-
 17 halt investiert – und dafür die nötigen finanziellen Res-
 18 sourcen bereitstellt. Dazu gehört eine solide und gerechte
 19 Einnahmehasis.

20
 21 **Fest steht für uns:** Auf die finanzpolitischen Herausforde-
 22 rungen sind strukturelle Antworten notwendig und der
 23 Wille, Entscheidungen und politische Schwerpunkte zu
 24 setzen. So bleibt das Land Berlin auf lange Sicht hand-
 25 lungsfähig. Ein tragfähiger Haushalt ist möglich, wenn
 26 Einnahmenentwicklung und Ausgabenpriorisierung ge-
 27 meinsam betrachtet werden.

28 Gleichzeitig müssen auf Landes- und Bundesebene alle
 29 Regelungen überprüft und wo nötig angepasst werden.
 30 Ohne die gerechtere Beteiligung großer Einkommen und
 31 Vermögen, die konsequente Umsetzung des Konnexitäts-
 32 prinzipis sowie Abschaffung der Schuldenbremse bleiben
 33 Bund, Länder und Kommunen in ihren Handlungsmög-
 34 lichkeiten eingeschränkt.

35
 36 **1. Einnahmeseite stärken – Gerechte Finanzierung sichern**
 37 Eine solide Haushaltspolitik braucht eine nachhaltige Ein-
 38 nahmehasis. Dafür fordern wir:

- 39
 40 • **Anpassung und Ausnutzung bestehender Einnah-**
 41 **men:** Wir wollen eine Erhöhung der Grunderwerb-
 42 und Zweitwohnungssteuer, die Einführung der Ver-
 43 packungssteuer sowie die Anpassung von Über-
 44 nachungssteuern, Bußgeldern, Park- und anderen
 45 Gebühren, um Tatbestände und Einnahmen an ak-
 46 tuelle Preisentwicklungen und finanzielle Realitäten
 47 anzupassen. Auch die Prozesse der Verwaltung
 48 beim Einzug von Unterhaltsvorschüssen, Bußgel-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Unsere Stadt steht inmitten tiefgreifender sozialer, öko-
 logischer und wirtschaftlicher Veränderungen. In Zeiten
 großer Transformationsaufgaben – vom Klimaschutz bis
 zur Digitalisierung – braucht es einen handlungsfähigen
 Staat, der mit dem Ziel der Herstellung sozialer Gerechtig-
 keit der Zukunft gestaltet. Dafür ist eine nachhaltige, sozi-
 al ausgewogene und zukunftsorientierte Haushalts- und
 Finanzpolitik die Voraussetzung.

Die SPD setzt sich ein für eine **Finanzpolitik, die den Men-**
schen in unserer Stadt dient, soziale Sicherheit gewähr-
 leistet, der in **Bildung, Wissenschaft**, Daseinsvorsorge in
 staatlicher Hand belässt und zugleich notwendige Zu-
 kunftsinvestitionen ermöglicht. *Eine auskömmliche Finan-*
zierung ist insbesondere dort notwendig, wo Leistungen di-
rekt vor Ort für die Menschen erbracht werden. Deswegen
ist uns eine gute Ausstattung der Bezirkshaushalte wichtig.
 Wir bekennen uns zu einem aktiven Staat, der in Bildung,
 Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Klimaschutz und gesell-
 schaftlichen Zusammenhalt investiert – und dafür die nö-
 tigen finanziellen Ressourcen bereitstellt. Dazu gehört ei-
 ne solide und gerechte Einnahmehasis. *Wir halten für die*
Haushaltspolitik des Landes Berlin weiterhin an dem Instru-
ment des Gender Budgeting fest, um sicherzustellen, dass
Ressourcen gerecht verteilt werden.

Fest steht für uns: Auf die finanzpolitischen Herausforde-
 rungen sind strukturelle Antworten notwendig und der
 Wille, Entscheidungen und politische Schwerpunkte zu
 setzen. So bleibt das Land Berlin auf lange Sicht hand-
 lungsfähig. Ein tragfähiger Haushalt ist möglich, wenn
 Einnahmenentwicklung und Ausgabenpriorisierung ge-
 meinsam betrachtet werden.

Gleichzeitig müssen auf Landes- und Bundesebene alle
 Regelungen überprüft und wo nötig angepasst werden.
 Ohne die gerechtere Beteiligung großer Einkommen und
 Vermögen, die konsequente Umsetzung des Konnexitäts-
 prinzipis sowie Abschaffung der Schuldenbremse bleiben
 Bund, Länder und Kommunen in ihren Handlungsmög-
 lichkeiten eingeschränkt.

1. Einnahmeseite stärken – Gerechte Finanzierung sichern
 Eine solide Haushaltspolitik braucht eine nachhaltige Ein-
 nahmehasis. Dafür fordern wir:

- **Anpassung und Ausnutzung bestehender Einnah-**
men: Wir wollen eine Erhöhung der Grunderwerb-
 und Zweitwohnungssteuer, die Einführung der Ver-

49 dern und Gebühren müssen verbessert werden. Hier
50 müssen ggf. auch Schwerpunkte bei der personellen
51 und technischen Ausstattung der Bezirke gesetzt
52 werden, um Einnahmepotentiale zu heben.

53 • **Mehr Steuergerechtigkeit und Spielräume auf Bun-**
54 **desebene:** Wir setzen uns dafür ein, dass sich das
55 Land Berlin auf Bundesebene für eine gerechtere
56 Besteuerung hoher Einkommen und von Vermö-
57 gen (über hohe Vermögens-, Erbschafts- und Schen-
58 kungssteuern) stark macht. Wir bekräftigen unsere
59 Beschlusslage, die Schuldenbremse im Grundgesetz
60 ganz abzuschaffen und durch einen Regelungsrah-
61 men zu ersetzen, der Investitionen in soziale, öko-
62 logische und infrastrukturelle Zukunftsaufgaben er-
63 möglicht und nicht verhindert.

64 2. Zukunftsinvestitionen ermöglichen – auch außerhalb 65 des Kernhaushalts

66 Wir nutzen das **Sondervermögen des Bundes für unsere**
67 **Berliner Strategie “Innovation & wirtschaftliche Entwick-**
68 **lung, sozialer Klimaschutz, Verantwortung für die Stadt”**
69 für ein lebenswertes, sicheres, klimafreundliches und ge-
70 gesundes Berlin. Wir werden damit Maßnahmen für eine kli-
71 magerechte Stadt finanzieren und Investitionen ermögli-
72 chen, die Wachstum fördern und dazu beitragen, dass Ber-
73 lin auch morgen finanziell stark bleibt. Dabei bleibt der
74 Kampf für **soziale Gerechtigkeit sowie eine stabile wirt-**
75 **schaftliche Entwicklung mit guter Arbeit im Land Berlin**
76 Leitbild unserer Politik.

77
78
79 Wir setzen die zusätzlichen Mittel daher in erster Linie
80 für den Wohnungsbau und die Entwicklung der sozialen,
81 technischen und grünen Infrastruktur unserer Stadt ein.
82 Mit dem Ausbau der Tram- und U-Bahn stärken wir die
83 Menschen, die auf den ÖPNV angewiesen sind. Die Inves-
84 titionen in unsere Polizei sowie die Sanierung unserer öf-
85 fentlichen Wege, Brücken und öffentlichen Gebäude stär-
86 ken die Sicherheit und Mobilität aller Berliner*innen. In-
87 vestitionen in den Berliner Gesundheitsstandort, Bildung,
88 **Wissenschaft** und Kultur stärken nachhaltig das soziale
89 Netz unserer Stadt. Die Realisierung der „Urban Tech Re-
90 public“ in Tegel als innovativem Leuchtturm für Wirtschaft
91 und Wissenschaft treiben wir entschlossen voran.

92
93 Doch wir bleiben hier nicht stehen: es bedarf einer dauer-
94 haft hohen Investitionsquote im Landeshaushalt und bei
95 den langdaseigenen Betrieben. Für zusätzliche zukunfts-
96 weisende Investitionen fordern wir:

97 • **Investitionen mit klugen Finanzierungsmodellen**
98 **ermöglichen:** Das Land soll seine Möglichkeiten ver-
99 stärkt durch den gezielten Einsatz wirtschaftlich
100 tragfähiger Darlehen ausbauen, da diese nicht auf
101 die aktuelle Schuldenbremse einzahlen. Mit Ge-

packungssteuer sowie die Anpassung von Über-
nachtungssteuern, Bußgeldern, Park- und anderen
Gebühren, um Tatbestände und Einnahmen an ak-
tuelle Preisentwicklungen und finanzielle Realitä-
ten anzupassen. Auch die Prozesse der Verwaltung
beim Einzug von Unterhaltsvorschüssen, Bußgel-
dern und Gebühren müssen verbessert werden. Hier
müssen ggf. auch Schwerpunkte bei der personellen
und technischen Ausstattung der Bezirke gesetzt
werden, um Einnahmepotentiale zu heben.

• **Mehr Steuergerechtigkeit und Spielräume auf Bun-**
desebene: Wir setzen uns dafür ein, dass sich das
Land Berlin auf Bundesebene für eine gerechtere
Besteuerung hoher Einkommen und von Vermö-
gen (über hohe Vermögens-, Erbschafts- und Schen-
kungssteuern) stark macht. Wir bekräftigen unsere
Beschlusslage, die Schuldenbremse im Grundgesetz
ganz abzuschaffen und durch einen Regelungsrah-
men zu ersetzen, der Investitionen in soziale, öko-
logische und infrastrukturelle Zukunftsaufgaben er-
möglicht und nicht verhindert.

2. Zukunftsinvestitionen ermöglichen – auch außerhalb des Kernhaushalts

Wir nutzen das **Sondervermögen des Bundes für unsere**
Berliner Strategie “Innovation & wirtschaftliche Entwick-
lung, sozialer Klimaschutz, Verantwortung für die Stadt”
für ein lebenswertes, sicheres, klimafreundliches und ge-
sundes Berlin. Wir werden damit Maßnahmen für eine kli-
magerechte Stadt finanzieren und Investitionen ermögli-
chen, die Wachstum fördern und dazu beitragen, dass Ber-
lin auch morgen finanziell stark bleibt. Dabei bleibt der
Kampf für **soziale Gerechtigkeit sowie eine stabile wirt-**
schaftliche Entwicklung mit guter Arbeit im Land Berlin
Leitbild unserer Politik.

Wir setzen die zusätzlichen Mittel daher in erster Linie
für den Wohnungsbau und die Entwicklung der sozialen,
technischen und grünen Infrastruktur unserer Stadt ein.
Mit dem Ausbau der Tram- und U-Bahn stärken wir die
Menschen, die auf den ÖPNV angewiesen sind. Die Inves-
titionen in unsere Polizei sowie die Sanierung unserer öf-
fentlichen Wege, Brücken und öffentlichen Gebäude stär-
ken die Sicherheit und Mobilität aller Berliner*innen. In-
vestitionen in den Berliner Gesundheitsstandort, Bildung,
Wissenschaft und Kultur stärken nachhaltig das soziale
Netz unserer Stadt. Die Realisierung der „Urban Tech Re-
public“ in Tegel als innovativem Leuchtturm für Wirtschaft
und Wissenschaft treiben wir entschlossen voran.

Doch wir bleiben hier nicht stehen: es bedarf einer dauer-
haft hohen Investitionsquote im Landeshaushalt und bei
den langdaseigenen Betrieben. Für zusätzliche zukunfts-

102 sellschafterdarlehen sowie Eigenkapitalzuführungen
103 dort, wo sie langfristig stabile Ausschüttungen,
104 Einnahmen oder Entlastungen bewirken, sollen In-
105 vestitionen in landeseigene Unternehmen gesichert
106 werden. Darlehensprogramme sollen grundsätzlich
107 Priorität vor Zuschüssen haben.

108 • **Fördermittel zielgerichtet einsetzen:** Fördermittel
109 aus Bundes- und EU-Programmen sollen prioritär so
110 eingesetzt werden, dass sie künftige Haushalte ent-
111 lasten und Investitionen fortlaufend ermöglichen.
112 Dafür sollten mit diesen Mitteln auch mit Darlehen
113 revolvingende Fonds aufgebaut werden.
114

115 3. Kernhaushalt für soziale Infrastruktur nutzen

116 Der Kernhaushalt muss die Grundlage für ein gerechtes,
117 soziales Berlin bilden. Dabei sollte die Priorität auf folgen-
118 den Ausgaben liegen:

119 • **Familienfreundliche Stadt fördern:** Vorrang für In-
120 vestitionen in Wohnen, **außerschulische und schu-**
121 **lische Bildung**, Kinderbetreuung, Jugend, Gesund-
122 heit, Pflege, Kultur und soziale Teilhabe.

123 • **Gute Arbeit, Wissenschaft und Wirtschaftskraft**
124 **stärken:** Durch gezielte Investitionen in Beschäfti-
125 gung, Qualifizierung und Infrastruktur soll der Kern-
126 haushalt zu mehr Wachstum und Zukunftsfähigkeit
127 beitragen. **Die entsprechenden Etats sind dafür min-**
128 **destens im Umfang eines vollständigen Inflations-**
129 **und Tarifierpassungsvolumens zu erhöhen.**
130

131 4. Verantwortung des Bundes einfordern

132 Die SPD Berlin wird sich gemeinsam mit anderen Ländern
133 dafür einsetzen, dass der Bund seiner finanziellen Verant-
134 wortung gerecht wird. Dafür fordern wir:

135 • **Konsequente Konnexität bei Pflichtaufgaben:** Das
136 Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“) muss
137 konsequent umgesetzt werden. Der Bund muss für
138 die vollständige Finanzierung der von ihm beschlos-
139 senen Pflichtaufgaben sorgen. Neue oder erweiter-
140 te Aufgaben dürfen ohne gesicherte Finanzierung
141 nicht in Kraft treten. Bestehende Unterfinanzierun-
142 gen müssen ausgeglichen werden.

143 • **Strukturelle Entlastung der Länder:** Durch eine Re-
144 form des föderalen Finanzsystems müssen Länder
145 und Kommunen wieder in die Lage versetzt werden,
146 ihren Aufgaben ohne strukturelle Defizite nachzu-
147 kommen.
148

149 Eine nachhaltige Haushaltspolitik ist kein Selbstzweck –
150 sie ist der Schlüssel für soziale Gerechtigkeit, ökologi-
151 sche Verantwortung und wirtschaftliche Stabilität. Die
152 SPD Berlin steht für eine Finanzpolitik, die sich an den Be-
153 dürfnissen der Menschen orientiert, solidarisch finanziert
154 ist und die Zukunft unserer Stadt sichert.

weisende Investitionen fordern wir:

• **Investitionen mit klugen Finanzierungsmodellen ermöglichen:** Das Land soll seine Möglichkeiten ver-
stärkt durch den gezielten Einsatz wirtschaftlich
tragfähiger Darlehen ausbauen, da diese nicht auf
die aktuelle Schuldenbremse einzahlen. Mit Ge-
sellschafterdarlehen sowie Eigenkapitalzuführun-
gen dort, wo sie langfristig stabile Ausschüttungen,
Einnahmen oder Entlastungen bewirken, sollen In-
vestitionen in landeseigene Unternehmen gesichert
werden.

• **Fördermittel zielgerichtet einsetzen:** Fördermittel
aus Bundes- und EU-Programmen sollen prioritär so
eingesetzt werden, dass sie künftige Haushalte ent-
lasten und Investitionen fortlaufend ermöglichen.

529 3. Kernhaushalt für soziale Infrastruktur nutzen

530 Der Kernhaushalt muss die Grundlage für ein gerechtes,
531 soziales Berlin bilden. Dabei sollte die Priorität auf folgen-
532 den Ausgaben liegen:

533 • **Familienfreundliche Stadt fördern:** Vorrang für In-
534 vestitionen in Wohnen, **außerschulische und schu-**
535 **lische Bildung**, Kinderbetreuung, Jugend, *Gleichstel-*
536 *lung, queere Projekte*, Gesundheit, Pflege, Kultur und
537 soziale Teilhabe. *Die soziale Infrastruktur des Landes*
538 *Berlin, die durch die vielfältige Trägerlandschaft des*
539 *Landes Berlin bislang sichergestellt wird, hat die Sys-*
540 *temrelevanz für unsere Stadt und muss daher lang-*
541 *fristig finanziell abgesichert werden.*

542 • **Gute Arbeit, Wissenschaft und Wirtschaftskraft**
543 **stärken:** Durch gezielte Investitionen in Beschäfti-
544 gung, Qualifizierung und Infrastruktur soll der Kern-
545 haushalt zu mehr Wachstum und Zukunftsfähigkeit
546 beitragen. **Die entsprechenden Etats sind dafür min-**
547 **destens im Umfang eines vollständigen Inflations-**
548 **und Tarifierpassungsvolumens zu erhöhen.**

549 4. Verantwortung des Bundes einfordern

550 Die SPD Berlin wird sich gemeinsam mit anderen Ländern
551 dafür einsetzen, dass der Bund seiner finanziellen Verant-
552 wortung gerecht wird. Dafür fordern wir:

553 • **Konsequente Konnexität bei Pflichtaufgaben:** Das
554 Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“) muss
555 konsequent umgesetzt werden. Der Bund muss für
556 die vollständige Finanzierung der von ihm beschlos-
557 senen Pflichtaufgaben sorgen. Neue oder erweiter-
558 te Aufgaben dürfen ohne gesicherte Finanzierung
559 nicht in Kraft treten. Bestehende Unterfinanzierun-
560 gen müssen ausgeglichen werden.

561 • **Strukturelle Entlastung der Länder:** Durch eine Re-
562 form des föderalen Finanzsystems müssen Länder
563 und Kommunen wieder in die Lage versetzt werden,
564 ihren Aufgaben ohne strukturelle Defizite nachzu-

155
156
157
158
159
160
161
162

kommen.

Eine nachhaltige Haushaltspolitik ist kein Selbstzweck – sie ist der Schlüssel für soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Stabilität. Die SPD Berlin steht für eine Finanzpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, solidarisch finanziert ist und die Zukunft unserer Stadt sichert.